

## Liebe Freunde der Freiheit,

der Kontinent der kulturellen Vielfalt wird abgelöst von einer monströsen Institution – der EU. Seit dem 1. Mai 2004 hat sich die EU 10 weitere Nationen einverleibt. Wie ihre 15 Leidensgenossen verzichten sie künftig auf ihre Souveränität, ihre kulturelle Einzigartigkeit, ihre politische Philosophie und die Verantwortung für ihre wirtschaftliche Entwicklung. Längst haben Politiker, die sich in die Geschichtsbücher eintragen wollen, die EU in eine Zentralbehörde transformiert, welche sich ungebeten zum Vormund der europäischen Völker aufspielt. Die EU verdummt Europa. Sie macht Kultur und Traditionen obsolet. Eigenverantwortung für Politik, Wirtschaft und gesellschaftliche Entwicklung wird den Menschen entzogen. Mit der bereits laufenden Debatte über den EU-Beitritt der Türkei zeichnen sich aus freiheitlicher Sicht zwei Alternativen ab. Entweder, die Freiheitlichen lehnen die Aufnahme der Türkei ab und verbinden damit zeitgleich ihre Hoffnung, den Kurs der EU noch radikal ändern zu können. Oder aber wir Freiheitlichen begrüßen die Aufnahme der Türkei. Wohlwissend, daß dies die monströse Institution früher oder später sprengen wird. Ganz gleich für welche Alternative sich die Freiheitlichen entscheiden. Es wird nur langsam Zeit, daß die Freiheitlichen die Initiative für Europa ergreifen.

**mit jungfreiheitlichen Grüßen**  
Steve (Schwittek)

## *Freiheitliche Jugend intern*

### Tag der Meinungsfreiheit

Am 6. Mai begeht die Freiheitliche Jugend zum zweiten Mal den Tag der Meinungsfreiheit, den sie anlässlich des am 6. Mai 2002 ermordeten Volkspolitikers Pim Fortuyn ausrief. Am 6. Mai wird die FJ in Dresden, der Partnerstadt Fortuyns Heimatstadt Rotterdam, Postkarten verteilen, auf dessen Vorderseite sich die drei berühmten Affen befinden.



Mit der Aktion sollen die Menschen dazu animiert werden, im politischen, privaten und beruflichen Bereich stets Position zu beziehen, zu ihrer Meinung zu stehen und andere zu schützen, die für ihre Meinung angefeindet werden. Neben 2.000 Postkarten werden zudem noch 1.000 Flugblätter mit Hintergrundinformationen verteilt. Zudem wird die Aktion von der „Jungen Freiheit“ und von „eigentümlich frei“ unterstützt, von denen mehrere hundert Exemplare mitverteilt werden.

## *Freiheitliche Partner*

### Deutsche Soziale Union

Die Leipziger DSU hat Ihre Kandidaten für die Kommunalwahl am 13. Juni 2004 nominiert! Die Deutsche Soziale Union (DSU) startet mit 20 Kandidaten, davon 6 Frauen, in den bevorstehenden Wahlkampf um die Erringung von Stadtratsmandaten. Als Spitzenkandidaten in den 10 Wahlkreisen treten nachfolgend an: WK 1: Maximilian v. Herder, WK 2: Horst Petritt, WK 3: Joachim Drogge, WK 4: Gert Zetzsche, WK 5: Joerg Krause, WK 6: Lothar Schröder, WK 7: Karl-Heinz Obser, WK 8: Heinz Sträßner, WK 9: Elsbeth Noth, WK 10: Tobias Keller. Der DSU-Kreisvorsitzende Gert Zetzsche setzt mit dem Motto der Partei "DSU 2004 - plus 4" auf den Wiedereinzug der DSU als Fraktion mit 4 Stadträten in das Leipziger Stadtparlament. Die DSU ist seit den Kommunalwahlen 1990 ununterbrochen im Leipziger Stadtrat vertreten. Gerade in der letzten Legislaturperiode könne sich die DSU-Politik sehen lassen. Dies zeige das DSU-Engagement im Stadtrat unter anderem für den Wiederaufbau der Paulinerkirche, die Sanierung der Kongreßhalle, für den Stadtteil Grünau und den Leipziger Osten, die Heilung der Enteignung 1945 bis 1949 sowie der parlamentarische Widerstand gegen

das risikofolle Cross-Border-Leasing, das Leipziger Trinkwassernetz betreffend, gegen die Einführung von KITA – Zugangsbeschränkungen und die Kürzung von Mitteln im Jugendhilfebereich. Die DSU-Kommunalpolitik mit der Maßgabe, daß sich der Wille der Leipziger Bürger in den Zielsetzungen und Ergebnissen der städtischen Entscheidungen wiederfinden muß - selbst in den kommenden schweren Zeiten - benötigt auch von der Anzahl der DSU-Stadträte her eine starke Fortsetzung in Leipzig's Stadtparlament.



Gegenstand engagierter DSU-Kommunalpolitik:

Die Paulinerkirche in Leipzig. Am 30. Mai 1968 wurde das Gebäude auf Beschluß der Leipziger Stadtverordnetenversammlung zwecks Neugestaltung des zu DDR-Zeiten in „Karl-Marx-Platz“ umbenannten Geländes gesprengt. Eingeweiht wurde die Paulinerkirche des Dominikanerordens im Jahre 1240. Weitere Infos zum Bauwerk gibt es unter: [www.paulinerkirche.de](http://www.paulinerkirche.de)

### Liberaler Gesellschaft

Der bisherige stellvertretende Vorsitzende der Liberalen Gesellschaft e.V. und Vorsitzende der Liberalen Hochschulgruppe Würzburg, Dietmar-Dominik Hennig (FDP), übernahm inzwischen kommissarisch die Amtsgeschäfte und kündigte für den 07. Mai 2004 eine außerordentliche Mitgliederversammlung an, bei der ein komplett neuer Vorstand gewählt werden soll. Hennig äußerte bereits seine Absicht, künftig verstärkt den radikal-liberalen und libertären Kräften in Deutschland im Rahmen der Liberalen Gesellschaft e.V. ein Forum bieten zu wollen. Als neuen Vorsitzenden wünscht sich Hennig, der nach Möglichkeit nicht selbst für das Amt kandidieren möchte, einen prominenten Querkopf aus den Reihen der FDP. Derzeit werden verschiedentlich Gespräche geführt, Namen wollte er jedoch noch nicht nennen.

### Young4FUN

Ausgerechnet am 1. Mai, dem „Tag der Arbeit“, wird die Aufnahme von zehn neuen Mitgliedsstaaten in die Europäische Union vollzogen. In diesem Datum liegt negative Symbolik. Bald nach seiner Einführung wurde die 1. Mai Feier vom korrumpierten, kollabierten kommunistischen System der Sowjetunion und, noch schlimmer, vom nationalsozialistischen Blutregime Deutschlands mißbraucht. Noch feiern die Genossen dies- und jenseits der Oder und blenden aus, daß im Gefolge der EU-Erweiterung in der alten EU die

Arbeitslosigkeit auf neue Rekordmarken klettern wird. Da helfen auch keine euphorischen Bekundungen der Politiker, die davon schwärmen, jetzt werde Europa „größer“. Diese Darstellung ist schon deshalb Unsinn, weil Europa natürlich so groß bleibt, wie es immer war. An Umfang nimmt lediglich das überregulierte, zentralistisch-bürokratische Kunstgebilde der Europäischen Union zu.

Je überschwänglicher heute gefeiert wird, desto größer wird der Katzenjammer spätestens bei der Aufhebung der zahlreichen Übergangsfristen sein. Die neuen EU-Staaten verschenken ihre Souveränität in der Hoffnung auf Milliarden-Subventionen. Doch zunächst einmal gilt es die ganze Regulierungs-Gleichschaltung aus Brüssel nachzuvollziehen. Nivellierung nach oben, das heißt teilweise Verdoppelung der Mehrwertsteuer über Nacht, Hyperinflation und Hamsterkäufe. Das Gros der Betriebe wird da nicht mitkommen und untergehen. Die Menschen verlieren ihre Arbeit, ihre Würde und ihre Heimat. Die bisherigen EU-Staaten werden das alles mit Subventionen bezahlen müssen. Nivellierung nach unten. Die Solidarität des Elends! Die Interessensunterschiede der einzelnen EU-Mitglieder werden immer größer, was zu einer zunehmenden Blockierung durch EU-interne Streits und Machtkämpfe führen wird. Jubilierend wurden gestern Nacht Grenzposten niederrissen. Wenn die feiernde Menge längst ihren Rausch

ausschläft, werden die aufgehobenen Grenzen zum Paradies für die organisierte Kriminalität. Es wird also durchaus Wachstum geben durch die EU-Osterweiterung: für Steuerberater, EU-Bürokraten, Übersetzer, Politiker, Funktionäre, Wachunternehmen, Sicherheitsberater, Tresorbauer, Hersteller von Alarmanlagen, Richter, Staatsanwälte, Polizei, Kriminologen..... Doch alle anderen 99%, die arbeitenden Bürgerinnen und Bürger in EUropa, werden die Erweiterung vor allem im Portemonnaie, noch höheren Steuern und einem Anstieg der Kriminalität spüren. Wenn dann 2007 Bulgarien, Rumänien und später auch die Türkei, Serbien und Kroatien der EU beitreten, wird die EU definitiv um ihre Existenz kämpfen müssen. Mit der Erweiterung werden sich sämtliche Probleme verschlimmern, mit denen die Europäische Kommission schon vorher kämpfte: Wie sollen sich 25 einigen, wenn es mit 15 nicht gelang? Wie kann man gemeinsame politische Entscheidungen fällen, wenn jeder Staat etwas völlig anderes will? Wer soll wie viel und wofür bezahlen? Der logische Schluß dieser Entwicklung ist eine riesige Freihandelszone, in der Beschäftigung, sozialer Zusammenhalt und Umweltschutz fromme Wünsche bleiben: ein zur Bewegungsunfähigkeit verdammtes Europa bar jeder Möglichkeit, auf weltpolitischer Ebene irgendeine Rolle zu spielen. Infolge dieser Probleme wird klar: 1. Als Nicht-EU-Mitglied bleibt die Schweiz von den massiven internen Machtkämpfen und gewaltigen Problemen in diver-

sen Be-reichen, welche die Osterweiterung bringen wird, ver-schont. 2. Die verbissenen Kämpfe um Macht, Subventionen und Pfründe zwischen den EU-Staaten werden sich noch verschärfen, was Nicht-EU-Mitgliedern wesentlich bessere Beziehungen zu den EU-Staaten ermöglicht als es die EU-Staaten untereinander haben. 3. Die Schweiz darf niemals die Grenzkontrollen durch Schengen abschaffen. 4. Die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten ist dringend abzulehnen. 5. Die Schweiz hat sich nicht mit Zahlungen an den Kohäsions-Fonds zu beteiligen. Den EU-Bürgern sei empfohlen, jetzt kräftig zu feiern. Nach dem Zechen folgt die Rechnung und der Katzenjammer.

### Freiheitliche Termine

Veranstalter: Burschenschaft Gothia  
 Ort: 14163 Berlin, Königstr. 3  
 Zeit: 04.05.2004, 19.00 Uhr  
 Veranstaltung: Vortrag  
 Thema: „Aktuelle Entwicklung von Zuwanderung und Integration – Bestandsauf-nahmen und Perspektiven“  
 Referent: Dr. Hans-Peter Uhl (CSU, MdB)

Veranstalter: Konrad-Adenauer-Stiftung  
 Ort: Sitz des Veranstalters in Berlin  
 Zeit: 04.05.2004, 18.30 Uhr  
 Veranstaltung: Vortrag

Referent: Prof. Dr. Rainer Mennel (FU Berlin)  
 Thema: "Die USA und der Irak-Konflikt. Außen- und Sicherheitspolitik der USA nach dem 11. September."

Veranstalter: Studienzentrum Weikersheim  
 Ort: Weikersheim  
 Zeit: 07.05.2004 - 09.05.2004  
 Veranstaltung: Jahreskongreß  
 Thema: „Der Weg zur europäischen Integration“  
 Hinweis: Anmeldung per Mail erforderlich unter: [info@studienzentrum-weikersheim.de](mailto:info@studienzentrum-weikersheim.de)

Präsident des Studienzentrum Weikersheim:  
 Prof. Dr. Bernhard Friedmann – ehemaliger Bundestags-abgeordneter der CDU von 1976 bis 1990



Veranstalter: Hanns-Seidel-Stiftung  
 Ort: 12277 Berlin, Bruno-Möhring-Straße 3  
 Zeit: 08.05.2004  
 Veranstaltung: Vortrag  
 Thema: „Außenpolitik“

Veranstalter: Hanns-Seidel-Stiftung  
 Ort: Kurgastzentrum; 83435 Bad Reichenhall, Wittelsbacher Straße 15  
 Zeit: 18.05.2004, 19.30 Uhr  
 Veranstaltung: Vortrag  
 Thema: „Gehört die Türkei zu Europa?“

Veranstalter: Junge Freiheit und Institut für Staatspolitik  
 Ort: AVZ; Emser Straße 12, Berlin  
 Zeit: 22.05.2004, 10.00 Uhr  
 Veranstaltung: 7. Berliner Kolleg des IfS  
 Referent: Bernd Rabehl, Fritz Schenk, Reinhard Günzel  
 Thema: „Meinungsfreiheit und Tabu“  
 Hinweis: Anmeldung erforderlich: [institut@staatspolitik.de](mailto:institut@staatspolitik.de)



„Rehabilitieren Sie Martin Hohmann!“  
 – Zeitungsanzeige der Initiative „Kritische Solidarität“ (Fritz Schenk)

Veranstalter: Hanns-Seidel-Stiftung  
 Ort: Konferenzzentrum; 80636 München, Lazarettstraße 33  
 Zeit: 25.05.2004  
 Veranstaltung: Vortrag  
 Thema: „Europapolitik“

Veranstalter: Dienstagsgespräch  
 Ort: Ratskeller Schmargendorf; 14199 Berlin, Berkaer Platz 1  
 Zeit: 26.05.2004, 19.30 Uhr  
 Veranstaltung: Vortrag  
 Referent: Martin Hohmann  
 Thema: „Denk ich an Deutschland – hat der Patriotismus eine Zukunft?“  
 Hinweis: Anmeldung erforderlich unter Tel.: 030/ 886 71 10

## Freiheitlicher Amtsticker

### Institution: Bundeskanzler

Am 30.04.2004 plapperte Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) folgende Weisheit in die Mikrofone der erwartungsfrohen Medien: „Die Erweiterung wird uns nicht ärmer machen. Sie wird uns reicher machen.“

### Kommentar FJ:

Klar – reicher an Erfahrung! Zum Beispiel, daß nicht nur CDU-Kanzler blühende Landschaften versprechen; wohlwissend, daß das Versprechen sich ins Gegenteil verkehren wird. Aber es muß ja auch nur bis zum Ende der Amtszeit reichen.

der Welt wird innehaben können. Vielmehr geht es um die, nach den Worten der First Lady Laura Bush, „sehr, sehr schockierende“ Frage, ob zwei Menschen sich im Bund der Ehe vereinigen können, oder besser dürfen. „Zwei Menschen“ wohlgermerkt, was in diesem Fall auch zwei Herren oder zwei Damen der Schöpfung einschließen würde.

Seit im Jahre 2000 der damalige Gouverneur des US-Bundesstaates Vermont, Howard Dean (in etwa der Oskar Lafontaine der amerikanischen Demokraten), sogenannte „Civil Unions“ (eingetragene Lebenspartnerschaften) für homosexuelle Paare legalisierte, rollt die Debatte über Sinn und Unsinn der Homo-Ehe wie eine Lawine über das Land. Letzter Höhepunkt in diesem Schlagabtausch war eine Entscheidung des Supreme Judicial Courts des US-Bundesstaates Massachusetts im letzten November, welche das Vorenthalten des vollen Eherechts gegenüber Homosexuellen für nicht verfassungsgemäß erklärte und die unmittelbare Einführung eines solchen Rechts einforderte. Seitdem fahren die gegnerischen Parteien schwere Geschütze auf. Konservative Republikaner fordern, unterstützt durch ihren Präsidenten, eine Ergänzung der Bundesverfassung, welche das Ehe-recht auf die Verbindung von einem Mann mit einer Frau beschränken würde. Dieser sozusagen hoheitliche Akte der Diskriminierung veranlaßte wiederum die „Log

## Freiheitliche Standpunkte

### Die Homo-Ehe und der Ektismus

*Autor: Christian Hoffmann*

Die Vereinigten Staaten von Amerika befinden sich im Krieg! Im Krieg nicht etwa mit Saddam Hussein oder Osama bin Laden. Nein, ein Kulturkrieg tobt im Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Dabei geht es keinesfalls, wie man vielleicht annehmen könnte, um die vermeintliche Schicksalsfrage, ob nun der hagere Ostküstendoyen, Senator John Kerry, oder der burschikose texanische Cowboy, der amtierende Präsident George W. Bush, nach dem Jahr 2004 das bedeutendste politische Amt

Cabin Republicans“, ein Zusammenschluß homosexueller Republikaner, eine die Position des Präsidenten kritisierende Medienkampagne ausgerechnet in jenen Staaten zu finanzieren, welche für die Wiederwahl George W. Bushs entscheidend sein dürften.

desstaatliche Begünstigungen – von Steuererleichterungen bis zur Sozialhilfe – vorenthalten werden. Sicher ein für Sozialdemokraten unerträglicher Gedanke!

chen Beziehung ihre Anerkennung finden würden. Der Staat würde sich damit aus dem Privatleben der Bürger – zumindest in diesem Bereich – völlig heraushalten.

Doch so einfach läßt sich die Linke ein Instrument zur Sozialklempnerei nicht aus der Hand nehmen. Und so schnell verzichtet die – ach so staats-skeptische – Rechte nicht auf die Möglichkeit, anderen Menschen ihre ideologischen Gesellschaftsvorstellungen aufzuzwängen zu können. Hätte man doch in der liberalen Argumentation fast ein entscheidendes Problem übersehen: Eine Privatisierung des Eherechts würde ja schließlich auch die Möglichkeit der Polygamie legalisieren. Und das geht nun wirklich nicht! Wie die amerikanische Journalistin Cathy Young im liberalen Magazin „reason“ darstellte, führe Polygamie zu Eifersucht und Spannungen. Machtungleichgewichte in diesen Beziehungen könnten in psychologischem Mißbrauch kulminieren. Auch David Boaz würde daher gerne das „private“ Eherecht auf zwei Personen beschränken. Schließlich reflektiere das Eherecht einen Wunsch der Gesellschaft, die Ehe als „stabilisierendes Element der Sozialordnung“ zu unterstützen. Außerdem habe ja auch die Regierung das Recht, ihrer Zustimmung zu privaten Verträgen Restriktionen aufzuerlegen. Oder wie der republikanische Generalstaatsanwalt des malerischen Staates Alabama, William Pryor, sagen würde: „Da könnte man ja gleich Nekro-



Arnold Schwarzenegger, liberaler Gouverneur der Republikaner des US-Bundesstaates Kalifornien. Im Widerspruch zu US-Präsident George W. Bush gilt Schwarzenegger als Befürworter der Homo-Ehe und ließ diese in Kalifornien zu.

Dabei werden auf Staatenebene längst rechtliche Tatsachen geschaffen. Ganze 39 US-Bundesstaaten, von Alaska bis Florida, haben sogenannte DOMAs, Gesetze zur Verteidigung der Ehe, verabschiedet, welche die Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Ehe unterbinden. Vier Staaten haben ihre Verfassung bereits entsprechend ergänzt, während weitere 18 dies in Erwägung ziehen. Bürgerrechtsgruppen erinnern an die 1940er Jahre, als das Verbot der gemischtrassischen Ehe aufzubrechen begann.

Dabei werden in diesem verbit-terten Kulturkampf von beiden Seiten zum Teil abenteuerliche Argumente ins Spiel gebracht. Die „Human Rights Campaign“, eine Organisation, welche sich für die Rechte Homosexueller einsetzt, fordert Betroffene auf, in ihrem Bekanntenkreis darauf aufmerksam zu machen, daß durch den Ausschluß vom Ehe-recht homosexuellen Paaren sage und schreibe 1049 bun-

Die religiöse Rechte dagegen sieht im Falle einer staatlichen Anerkennung der Homo-Ehe das Fundament des heiligen Bundes der Ehe zerbrechen. Demnach würden sich wohl ohne staatliche Aufsicht unzählige verheiratete Männer an die Stirn schlagen und ausrufen: „Verdammt, ich hätte ja auch einen Kerl heiraten können!“ Wieder einmal zeigt sich, daß der wohlwollend-regulierende Eingriff des Staates im Sinne des „Gemeinwohls“ Mißgunst, Gier und Haß weckt und den gesunden Menschenverstand vernebelt.

Nicht zu Unrecht fragte schon 1998 David Boaz, ein Vertreter des liberalen amerikanischen Cato Institutes, warum das gesamte Eherecht nicht schlicht privatisiert werden könne? Ehevereinbarungen würden so zu privatrechtlichen, staatlich sanktionierten Verträgen. Religiöse Institutionen könnten selbstverständlich weiterhin selbständig darüber entscheiden, welche Formen der zwischenmenschli-

philie, Inzest und Pädophilie legalisieren.“

Der Glaube an die Allmacht staatlicher Regulierung führt in diesem wahrhaft entlarvenden Fall offenbar dazu, daß Linke wie Rechte sich einbilden, Gesetze könnten entsprechend veranlagte Menschen davon abhalten, ihre Triebe auszuüben, oder umgekehrt, dazu animieren, ihnen wesensfremde Gewohnheiten anzunehmen. Ein Wort der Vernunft kam hier schließlich aus Harvard – dessen offen homosexueller Kaplan Peter Gomes merkte an, daß es in diesem Streitfall keineswegs um Themen wie Polygamie, Sonderrechte oder die Zukunft der Familie gehe. Vielmehr ginge es um einen „Akt der Diskriminierung einer Mehrheit der Minderheit gegenüber“. Schöner hätte man das Prinzip der Demokratie kaum ausdrücken können.

Würde der Staat seine ebenso gierigen wie langen Finger aus dem Privatleben der Menschen heraushalten, würden Männlein und Weiblein, Weiblein und Weiblein sowie Männlein und viele, viele Weiblein in trauter Ehe miteinander leben können, ohne daß einem Außenstehenden dadurch ein Schaden entstehen würde, ohne daß dadurch irgendeine Ehe länger oder kürzer dauern müßte, ohne daß ein Kind mehr oder weniger geboren würde und ohne daß ein erbitterter Streit über staatliche Alimentierungen ausgetragen werden könnte. Wäre die westliche, christlich fundierte Kultur der monogamen Ehe nicht in der Lage, diese Freiheit ohne die Stütze eines staatlich-regulierenden Korsetts zu ertragen, so wäre sie ohnehin zu

einer sehr kurzen Lebensspanne verdammt.

Doch im Land der unbegrenzten Möglichkeiten tobt weiter der „Krieg der Kulturen“ und der unbeteiligte Beobachter stellt einmal mehr fest, daß wenige Begriffe so aufgebläht und dabei so hohl sind, wie „Demokratie“ und „Menschenrechte“.

### **JF vs. VS**

*Autor: Steve Schwittek*

10 Jahre wird die Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“ nun schon vom Landesamt für Verfassungsschutz des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen beobachtet und stetig im jährlichen Verfassungsschutzbericht, welcher vom Landesinnenministerium herausgegeben wird, erwähnt. Auch diesmal muß wieder eine Prognose dafür herhalten, die JF weiter zu diskriminieren. Der Bericht endet mit dem Fazit: „In der JF veröffentlichte Beiträge bieten unverändert Anhaltspunkte für den Verdacht verfassungsfeindlicher Ziele.“

10 Jahre – und der NRW-Verfassungsschutz ist keinen Millimeter vorangekommen. Gleich wenn der VS keine Strafverfolgungsbehörde ist, sei ein Vergleich mit eben jener Institution in Hinblick auf den ermittelnden Ansatz erlaubt. Wenn ein Staatsanwalt ein Verfahren 10 Jahre offen hält, obwohl ihn seine Ermittlungen nicht einen Deut weiterbrachten und er nicht mehr vorzuweisen hat als den vor 10 Jahren erhobenen Anfangsverdacht, dann wird sich nicht der Beschuldigte sondern eben je-

ner Staatsanwalt vor dem Gericht zu verantworten haben – Rechtsbeugung! Damit soll der NRW-Innenminister Fritz Behrens (SPD) keinesfalls der Rechtsbeugung bezichtigt werden. Es geht vielmehr darum, Sensibilität für die Arbeitsmethodik des VS zu wecken.



Auch dies Jahr werden eingangs des Berichts wieder schwere Vorwürfe erhoben. So soll es sich bei der JF um eine „um Intellektualisierung bemühte geistige Strömung innerhalb des Rechtsextremismus“ handeln, die mit „unterschiedlichen Akzentuierungen antiliberalen, antidemokratischen, revisionistischen und nationalistischen Ideen“ propagiert. Ferner wird der JF vorgeworfen, sich der faschistischen Idee verschrieben zu haben und „die Ideale und Ergebnisse der Epoche der Aufklärung“ anzugreifen. Während der VS in den Jahren zuvor, ähnliche Verdächtigungen pauschal und ohne jede weitere Erläuterung anführte, bemüht man sich neu-

erdings um eine gewisse Anreicherung mittels konkreter Sachverhaltsschilderung. Möglicherweise will der VS somit einer drohenden Niederlage vor dem Bundesverfassungsgericht vorbeugen. Doch die erwähnten Beispiele erweisen sich schnell als haltlos. Die Antiliberalität wird mit einem Artikel gegen die multikulturelle Gesellschaft begründet. Den Verweis auf die grundgesetzliche Verpflichtung zur Gutheißung der „Heteroisierung“ der Bevölkerung bleibt der VS jedoch schuldig. Als Beleg für die antidemokratische Gesinnung der JF zieht der VS einen Artikel der Ausgabe 40/2003 heran. Unter „Sozialstaat abbauen“ wird dort angeblich das Prinzip der Wahlgleichheit in Frage gestellt. Die Hypothese, jedem Staatsbürger soviel an Einfluß zuzubilligen, wie er leistet, mag vielleicht polarisierend sein. Aber antidemokratisch? Letztendlich wird hier ein Argument zum Beweis der Demokratieablehnung ins Felde geführt, welches bei genauerer Betrachtung auch als Beweis der Radikalliberalität der JF dienen könnte. Von wegen „antiliberal“! Als revisionistische Note der JF muß dann schon eine Buchbesprechung in der Ausgabe 35/2003 herhalten. Hier wird auf die facettenreichen Ursachen der Entstehung des 2. Weltkrieges hingewiesen (Stichwort: Versailler Vertrag). Die lobende Rezension auf Grund der differenzierten Dialektik wird der JF als revisionistisch ausgelegt. Für die nationalistische Ausrichtung der JF werden keine konkreten Artikel benannt. Interessant wäre gewesen, wenn sich der VS

zu einer Definition von national und nationalistisch hätte durchringen können. Wenn die JF nationalistisch sein soll – was bitte schön sind dann nationalsozialistische Lektüren wie die „Deutsche Stimme“? Wer die JF regelmäßig liest, wird besonders über den Vorwurf der Ablehnung der Aufklärung überrascht sein. Vergleicht man die JF beispielsweise mit der FAZ wird klar, daß die JF wohl zu ihren Verfechtern gehört. Schlußendlich macht der VS die JF auch noch für die Aussagen und politischen Standpunkte von Interviewpartnern und Anzeigen schaltenden Institutionen verantwortlich. Die angeblich kritiklose Hinnahme vorgeblich strittiger Äußerungen und Aussagen ist schon ein Armutszeugnis für die Arbeit des VS. Das Prinzip des „Erkennt jemanden, dessen Schwägerin einen Cousin zweiten Grades hat, dessen Schulkamerad der Sohn des Milchmanns der Ex-Ehefrau des Beschuldigten ist“ zeugt von geistiger Armut und offenbart zumindest den Ansatz von totalitärer Sippenhaft. Auch wenn es nicht zu beanstanden ist, so müssen sich die Verantwortlichen der JF dennoch die Frage gefallen lassen, weshalb sie Personen ein Forum bieten, mit denen sie politisch nichts gemein haben. Warum ein Interview mit einem NPD-Funktionär führen, wenn man deren nationalsozialistische Ideologie doch grundlegend ablehnt? Das Gegenargument der offenen Demokratie, in der man sich grundsätzlich mit jedem in einen politischen Diskurs begeben kann, greift zu kurz. Denn dann müss-

ten auch Kommunisten und Anarchisten zu Wort kommen. Als Vorbild könnte hier die Zeitschrift „eigentümlich frei“ herhalten. Auch hier finden sich Interviews und Artikel mit und über Personen verschiedener politischer Strömungen. Doch sie streben alle nach dem selben, verbindenden Element – der Liberalität. Für Nationalsozialisten, wie es viele NPD-Mitglieder und -Funktionäre nun einmal sind, sind Meinungsfreiheit und Demokratie Mittel zum Zweck und nicht der Sinn ihres politischen Standpunktes. Es gibt demzufolge keine Schnittmenge, die ein Interview oder einen Artikel begründen würde. Es scheint jedoch, daß sich diese Erkenntnis auch zunehmend durchsetzt. So lehnt der JF-Chefredakteur Dieter Stein eine Berichterstattung über den Strafprozeß gegen den Ex-RAF-Terroristen Horst Mahler mit der ironischen Begründung ab, „Horst Mahler braucht keinen Richter – sondern einen Berater“. Dahinter steckt die Überzeugung, daß zwar die strafprozessuale Verfolgung einer politischen Meinung einer Demokratie nicht zusteht, der Prozeß für die JF aber dennoch nicht erwähnenswert ist. Denn für Horst Mahler ist das Prinzip der Meinungsfreiheit eben nur Mittel zum Zweck und kein Wert an sich. Doch genau diesen Fehler wie die „Junge Freiheit“ begingen die Freiheitlichen in der Vergangenheit in ihrer Gesamtheit. Auf Grund ihrer persönlich erlittenen Diffamierung durch politische Geg-

ner waren sie bereit, mit Personen ins Gespräch zu kommen, die auf Grund der Radikalität ihrer Standpunkte ebenfalls zu den politisch Geächteten gehörten – den extremen Rechten. Es entstand ein merkwürdiges Konstrukt miteinander korrespondierender und teils auch kooperierender Freiheitlicher und Nationalsozialisten. Ein gefundenes Fressen für den politischen Gegner. Noch heute resultiert aus dieser naiven Vermischung die in hübscher Regelmäßigkeit auftauchenden Forderungen nach Bündelung der parteipolitischen Kräfte von DSU über DP und Rep bis hin zu DVU und NPD. Mag sein, daß die Nationalsozialisten in den Reihen der extremen Rechten die Verfilzung des Staates anprangern, eine souveräne Außenpolitik fordern und die Masseneinwanderung ablehnen. Aber das macht sie noch lange nicht zu ideologischen oder strategischen Bündnispartnern der Freiheitlichen. Die Freiheitlichen, wenn sie denn langfristig erfolgreich arbeiten wollen, müssen sich dieser Umarmung durch die extreme Rechte endlich wieder entledigen. Es gibt kein gemeinsames Fundament. Das einzig verbindende Element ist die sicherlich undemokratische Behandlung seitens der politischen Kontrahenten. Den Freiheitlichen steht ein beschwerlicher Weg bevor. Denn es dürfte klar sein, daß die extreme Rechte, welche auf die Verquickung mit den Freiheitlichen als Brückenschlag in die Gesellschaft hinein angewiesen ist, dieser Entflechtung widerstreben wird. Die Abkehr von einer unglücklichen, über Jahre schleichen-

den Entwicklung wird schmerzlich sein.

Im Anschluß steht dann noch ein allein die Freiheitlichen betreffende Frage an. Es gilt, die Gewichtung der libertären Komponente und der konservativen Komponente vorzunehmen. Nur wer weiß, was er will, kann den Bürger von seinem Standpunkt überzeugen. Ohne einem gefestigten Fundament ist der Mißerfolg vorprogrammiert. Die „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ ist hierfür ein „gutes“ Beispiel. Die Parteimitglieder brachte ein Thema, nämlich die Innere Sicherheit, zusammen. Aber ein einzelnes politisches Anliegen ist noch lange keine gedeihliche Basis für eine erfolgreiche Partei. Auch wenn nach außen vor allem die persönlichen Animositäten hervortraten, die für das Scheitern der „Schill-Partei“ verantwortlich gemacht wurden. Meist verlaufen entlang dieser Bruchstellen auch die ideologischen Risse.



Der Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“ steht künftig ein beschwerlicher, weil auch mit wirtschaftlichen Zwängen verbundener Weg bevor. Als Meinungsmacher der Freiheitlichen in Deutschland gerät sie unweigerlich in die Verantwortung, den Kurs der Entflechtung voranzutreiben. Bis dahin können sich die konservative „Sezession“ und die libertäre „eigentümlich frei“ zurücklehnen. Wenn bis dahin keine unerwarteten Umwälzungen

stattfinden, werden diese drei Blätter im Anschluß den Begriff „Freiheitlich“ definieren. Der JF fällt die undankbare Rolle des Wegbereiters zu.

### **Gescholtene Recht auf Selbstbestimmung**

*Autor: Oliver Morenow*

Der 25.04.2004 sollte die seit 1974 geteilte Mittelmeerinsel Zypern wieder vereinen. Nach langjährigen Verhandlungen waren die Griechen und Türken getrennt voneinander aufgerufen, über den Vereinigungs- und Versöhnungsplan abzustimmen. Der Plan hatte nur einen Schönheitsfehler. Er entstammte der Feder des UN-Generalsekretärs Kofi Annan. Die Verhandlungen wurden in erster Linie seitens der UNO und der EU durchgesetzt. Das Interesse bei den politisch Verantwortlichen auf Zypern war eher gering. Die EU-Zentralisten wollten sich ein Denkmal für ihre irrealen Einheitsbreiphantasie schaffen; ein Wahrzeichen für die Utopie des a-nationalen Europas. Was es den 270.000 Türken und den 445.000 Griechen bringt – ob diese denn die Einheit überhaupt wollen – war ihnen völlig gleich. Denn es ging ihnen ja eben gerade nicht um die Interessen der Bevölkerung. Insbesondere die Griechen jedoch leben sehr gut mit der Teilung. Seit ihrer Vertreibung aus dem Norden der Insel haben sie sich mit großem Engagement ein wirtschaftlich erträgliches bis gutes Leben im Süden geschaffen. Die ihnen aufgezwungenen Ver-

einigungsverhandlungen nutzen sie geschickt, um ihre mit weiteren wirtschaftlichen Verbesserungen verbundene Aufnahme in die EU zu erreichen. Als diese Zusage stand, ließ ihr griechischer Präsident Tassos Papadopoulos die Maske fallen und leistete fortan passiven Widerstand gegen den Abschluß der Verhandlungen. Die Träumer der EU-Technokratie – ausgetrickst und vorgeführt vom Präsidenten einer Volksgruppe von nicht einmal einer halben Million Menschen.



Als am Abend des 25.04.2004 bekannt wurde, daß die Türken im wirtschaftlich armen Norden zwar mit 64,9% für die Vereinigung stimmten, die Griechen im Süden die Vereinigung jedoch mit 75,7% ablehnten, zerplatzte die Traumblase. Fassungslosigkeit weichte Wut, Verächtlichmachung und Drohgebärden. Kofi Annan fühlte sich persönlich beleidigt: „Die Vorteile einer Regelung sind nicht begriffen worden. (...) Eine einmalige und historische Chance ist verpasst worden.“ Deutschlands Außenminister Joschka Fischer (Grüne) meinte: „Es ist enttäuschend, daß die Bürger im Süden der Insel die große Chance zur Wiedervereinigung nicht genutzt haben.“ Der stellv. Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Gernot Erler wurde noch deutlicher: „Wir müssen wahrscheinlich darauf

warten, bis sich eine klügere Generation auf der Insel entwickelt hat. Im besten sozialistischen Jargon stellen sie ihre gefühlte intellektuelle Überlegenheit und tatsächliche Überheblichkeit heraus. Auch die Medien stimmen politisch korrekt in die Trauerode ein. Besitzstandswahrung und mangelnde Bereitschaft zum Teilen ihres „Reichtums“ wirft man den Griechen vor.

Doch teilen mit wem? Hier geht es nicht um die Vereinigung eines geteilten Volkes a la DDR-BRD oder Süd- und Nordkorea. Zypern ist griechisch. Die türkische Minderheit hat vor dreißig Jahren mit Waffengewalt aus Ankara kommend einen Teil der Insel an sich gerissen und die Griechen vertrieben und enteignet. Im Falle der Wiedervereinigung war die Rückgabe von Eigentum – eigentlich die materielle Minimalforderung – nicht vorgesehen. Von Sühne geschehenen Unrechts ganz zu schweigen. Auch die 35.000 türkischen Soldaten wären im vereinten Zypern geblieben. Eine Frechheit und eindeutige Bedrohung auf die Freiheitsrechte der Griechen. Denn was vom Militär zu erwarten gewesen wäre, ließ sich an der Militärgeschichte der Türkei ablesen – zunehmender Einfluß auf Politik, Wirtschaft und Kultur. Dem haben sich die Griechen widersetzt. Der Vorwurf des wirtschaftlichen Egoismus wäre halbwegs verständlich, wenn es sich denn zumindest um einen Bruderzwist handeln würde. Doch das ist es eben nicht. Warum sollten die Griechen mit den Türken ihren „Reichtum“ teilen? Ausgerechnet mit ihren Vertreibern und

Enteignern; mit denen, die mit Hilfe des Militärs eine direkte Drohkulisse auch im Falle der Vereinigung aufrecht erhalten wollten. Vielleicht sollten UNO und EU nochmals im Lexikon nachschlagen, was der Unterschied zwischen bereitwilligem Teilen und räuberischer Erpressung ist. Vermutlich aber ist es ihnen egal.

Was bleibt? Für Freiheitliche ergibt sich aus dem klaren Votum der zyprischen Griechen wieder ein Hoffnungs-schimmer. Denn am Ende aller Beitrittsverhandlungen steht jedem EU-Mitgliedsstaat ein Veto-Recht zur Verfügung. Sollten also tatsächlich Verhandlungen mit Ankara aufgenommen werden, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, daß die Griechen auf Zypern nach der Verteidigung ihrer Hälfte des Eilandes auch noch ganz Europa vor dem Einfall der Asiaten bewahren. Ein ehrender Platz in der Geschichte wäre ihnen sicher. Knapp 500.000 Menschen reifen zur Hoffnung für 480 Millionen Europäer. Der Koloss EU ist nicht unschlagbar.

### **Freiheitliche Vernehmung**

- **unnachgiebig**
- **provokant**
- **nervend**

#### **Steckbrief:**

Name: Lukas Reimann

Jahrgang: 1982

Geburtsort: Oberhof AG

Wohnort: Will SG

Freizeitaktivitäten: Lesen, Wandern, Ausgang, Jassen, Sport



Schulabschluß: Maturität KSBG St. Gallen  
 ausgeübter Beruf: Jura-Student Uni Zürich und Sachbearbeiter

**DZ:** *Hallo Lukas, am 14.03.04 fanden im schweizerischen St. Gallen die Kantonsratswahlen statt. 3.146 Wähler haben Dir auf der SVP-Liste ihre Stimme gegeben und Dir somit zum Einzugs ins Parlament verholfen. Dazu erst mal herzlichen Glückwunsch. Kam der Erfolg überraschend?*

**Reimann:** Wenn ich überhaupt keine Chance gehabt hätte, wäre ich nicht angetreten. Trotzdem ist es eine große Überraschung. Dies zeigt sich daran, daß ich der jüngste Kantonsrat bin. Zudem hatte ich den zweitletzten Listenplatz und mußte viele Parteikollegen überholen, um gewählt zu werden. Das erforderte einen besonderen Einsatz. Daß ich in den letzten Jahren politisch schon viele Dinge bewegt habe, honorierten die Wähler offenbar.

**DZ:** *Mit dem Mandat im Kantonsrat kommt jede Menge Arbeit auf Dich zu. Kannst Du einmal Dein künftiges Aufgabengebiet beschreiben?*

**Reimann:** Ich habe eine Menge Akten zu studieren, viel Korrespondenz ist zu bearbeiten und natürlich habe ich an den Sitzungen des Plenums teilzunehmen. Wenn ich eingearbeitet bin, werde ich auch Voten vorbereiten und halten. Des weiteren werde ich parlamentarische Vorstöße (Anfragen, Interpellationen, Motionen, Postulate) einreichen. Obwohl ich erst im Juni vereidigt werde, habe ich da schon einige Ideen. Die parlamentarische „Knochenarbeit“ wird in den Kommissionen geleistet. Da ich noch nicht weiß, in welchen Kommissionen ich Einsitz haben werde, kann ich im Moment nicht sagen, mit welchen Sachbereichen der Politik ich mich vertieft befassen werde. Aber grundsätzlich sollte man sich mit sämtlichen Geschäften auseinandersetzen. Außerdem ist auch die Teilnahme an den Sitzungen der Fraktion ein wichtiger Teil meiner Tätigkeit. Das Wichtigste aber ist die Pflege des Kontakts zum Volk und zur Wählerschaft. Da ich diesen schon seit langem intensiv pflege, kommt in dieser Beziehung nichts Neues auf mich zu.

**DZ:** *Welche Einflußmöglichkeiten hat denn das Kantonsparlament? Ist seine „Machtfülle“ mit dem eines Landesparlaments in Deutschland vergleichbar?*

**Reimann:** Der Kantonsrat ist die oberste Gewalt im Staat, weil er das Volk, genauer die Stimmberechtigten, vertritt. Ihnen stünde es eigentlich zu, die Kantonsverfassung und die Gesetze zu erlassen und zahlreiche andere Aufgaben zu erfüllen. Alles und jedes den Stimmberechtigten zu unterbreiten, ist aber unmöglich. Deshalb ist der Kantonsrat als Volksvertretung geschaffen worden. Er erfüllt alle Aufgaben stellvertretend für das Volk.

Die Hauptaufgaben sind die Beratung und Genehmigung des Budgets und der Rechnung sowie die Beratung und Beschlussfassung über Gesetzesvorlagen. Dazu kommen die erwähnten parlamentarischen Vorstöße. Auch die Festsetzung des Steuerfußes und anderer Abgaben oder Kontrolle und Überwachung von Regierung, Verwaltung und selbständigen staatlichen Institutionen sowie der Justizverwaltung sind in der Kompetenz des Kantonsrates.

Die „Machtfülle“ ist mit derjenigen eines deutschen Landesparlaments durchaus vergleichbar, mit der Einschränkung, daß der Kanton St. Gallen – der fünftgrößte der 26 Schweizer Kantone – etwa zehnmal kleiner ist als ein mittleres Bundesland. Dafür geht in der Schweiz aufgrund des ausgedehnten Föderalismus ohne die Kantone überhaupt nichts.

**DZ:** *Mit Deiner Wahl drängt sich automatisch auch die Frage nach Deinem künftigen Zeitmanagement auf. Du bist Co-Präsident der Jugendorga-*

nisation YOUNG4FUN, Kantonalpräsident der Jungen SVP, Mitglied des Kantonalvorstandes der SVP, Vorstandsmitglied bei AUNS. Wirst Du künftig Deinen Schwerpunkt verschieben?

**Reimann:** Momentan habe ich Beruf, Studium, Militär, Politik und gelegentlich auch Freizeit zeitlich im Griff. Das liegt wohl daran, daß ich mich bei der Jungen SVP sowie bei Young4FUN.ch auf einen engagierten, motivierten und kompetenten Vorstand verlassen kann und viele Bürger im Hintergrund habe, die meine Arbeit ausgezeichnet unterstützen.

Hohes Engagement gehört zum Markenzeichen der 1.800 Mitglieder umfassenden Jugendorganisation Young4FUN.



**DZ:** Mit großem Engagement ist Dir eine grandiose Politkarriere gelungen. Was ist Dein großes Ziel?

**Reimann:** „Politkarriere“ höre ich nicht gerne. Aufgrund des Miliz-Systems kann bei uns (zum Glück) fast niemand von der Politik leben und für die Verteilung von sogenannten „Ehrenämtern“, VR-Mandaten und Pfründen bin ich (Gott sei dank) in der falschen Partei. Mein großes Ziel ist eine bessere Politik für die Bevölkerung.

Und solange wir viele Probleme haben, fühle ich mich verpflichtet, hier einen Beitrag zu leisten. Das Kantonsrats-Mandat ist dazu ein starkes Mittel. Ich kämpfe für die Heimat und spreche Klartext ohne Rücksicht auf Verluste. Eine Politkarriere ist definitiv nicht das Ziel.

**DZ:** Als Kantonalabgeordneter trägst Du künftig Verantwortung und wirst an Deinen Aussagen gemessen. Glaubst Du, trotz Fraktionsdisziplin Deine Vorstellungen voll einbringen zu können?

**Reimann:** Die SVP ist eine demokratische Partei; somit habe ich – beispielsweise in der parlamentarischen Fraktion oder im Parteivorstand – genügend Möglichkeiten, die Linie der Partei mitzugestalten. Aus diesem Grund bereitet mir die Fraktionsdisziplin keine Mühe, auch dann nicht, wenn ich einmal in der Minderheit sein sollte, zumal ich mich mit dem Programm der Partei identifiziere. Vielleicht wird es vorkommen, daß ich die Meinung der Parteimehrheit in einer Sachfrage mit meinem Gewissen nicht vereinbaren kann, und dann steht es mir immer noch frei, von der Fraktionsdisziplin abzuweichen. Doch dies dürfte eher selten der Fall sein. Aber es gibt keinen Zwang zur Fraktionsdisziplin und auch parlamentarische Vorstöße können ohne die Unterstützung der SVP eingereicht werden. Um eine Mehrheit im Rat zu finden, müssen Allianzen mit der FDP und vernünftigen Köpfen in der CVP gesucht werden.

**DZ:** Auf Deiner Internetseite [www.lukas-reimann.ch](http://www.lukas-reimann.ch) kann man einiges über Dich erfahren und Deine politischen Grundsätze nachlesen. Du engagierst Dich für qualitativ bessere Schulbildung, gegen politischen Filz, für Steuer-senkungen, gegen Asylmißbrauch und einiges mehr. Auf welches Themenfeld wirst Du Dich konzentrieren und welche konkreten Ziele steckst Du Dir dabei?

**Reimann:** Wie schon gesagt, hängt dies davon ab, in welchen Kommissionen ich mitarbeiten werde. Aber auf jeden Fall werde ich mich in den genannten Gebieten weiterhin voll engagieren.

**DZ:** Und unabhängig von Deinem Mandat? Was ist Dein Schwerpunktthema und welche Zielstellung verbindest Du damit?

**Reimann:** Ein Schwerpunktthema bleibt sicher die Außenpolitik der Schweiz. Es gibt in der Schweiz sehr viele bürgerliche Interessenverbände zu den verschiedensten Themen. Aber wirklich stark engagiere ich mich ja mit Young4FUN.ch, AUNS und TEAM (Europäische Allianz EU-kritischer Bewegungen) bei außenpolitischen Abstimmungen und Sachfragen. Denn elementare Bereiche wie Freiheit, Unabhängigkeit, Neutralität, Souveränität und direkte Demokratie sind für mich die Grundlagen, um in sämtlichen weiteren Bereichen der Politik sinnvolle und zukunftsorientierte Lösungen zu erarbeiten.

Die schweizerische Jugendorganisation young4FUN „späht“ ihren Gegner aus – hier zu Besuch in der „Höhle des Löwen“ in Brüssel am 20.09.2002.  
 young4FUN im Internet:  
[www.young4FUN.ch](http://www.young4FUN.ch)



**DZ:** Zugegeben, von den Problemen im Kanton St. Gallen ist hier in Deutschland nur wenig bekannt. Man möchte eigentlich kaum glauben, daß es dort große Probleme zu bewältigen gibt. Steht Dir eine ruhige Legislaturperiode bevor oder erwartest Du schwierige sachpolitische Auseinandersetzungen? Wo gibt es Probleme in St. Gallen?

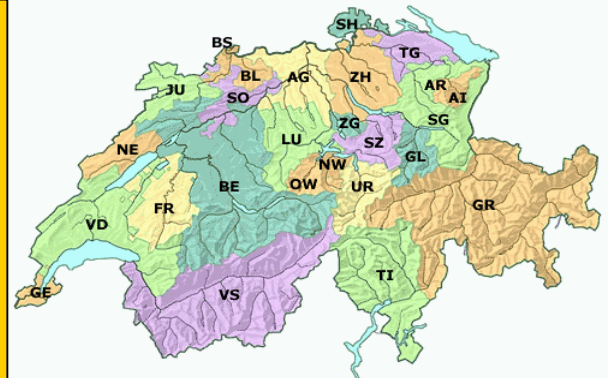
**Reimann:** Die Schweiz hat generell Probleme, die vielleicht im Vergleich zu anderen Staaten kleiner sein mögen. Doch hier gilt es anzusetzen, um weiterhin in der obersten Liga mitspielen zu können. Und die Hauptarbeit muß in den Gemeinden und in den Kantonen gemacht werden.

Die Kriminalitätsraten nehmen seit Jahren massiv zu, Asylmißbrauch und Masseneinwanderung haben die Grenze des Ertragbaren überschritten, der einstige Bildungs- und Forschungsstandort Nr.1 ist nur noch Mittelmaß, die eidgenössischen und kantonalen

Ausgaben, Schulden und gleichzeitig auch Steuern und Abgaben steigen kontinuierlich an. Die Erfahrung hat gezeigt, daß Länder mit tieferer Staatsquote wirtschaftlich erfolgreicher sind. Daran müssen wir arbeiten. Der Bevölkerung und gerade zukünftigen Generationen müssen wir Perspektiven und eine attraktive, unabhängige Schweiz bieten – für eine sichere Zukunft in Freiheit!

Letzte verbliebene Oase in Europa. Der ganze Kontinent ist von der EU besetzt. Ganz Europa? Nein! Ein kleines „Dorf“ verteidigt seine – Unabhängigkeit!!!

[www.svp.ch](http://www.svp.ch)



Immer wieder stoße ich bei meinem Engagement auf eine dicke Filz-Decke, die nicht für das Gemeinwohl politisiert, sondern Eigeninteressen in den Vordergrund stellt. Hier ein Ämtli, dort ein Pächtli, Polit-Pfründe da, Gefälligkeiten hier. Da kommen die Interessen der Allgemeinheit gnadenlos unter die Räder! Wir sind die Alternative zu den zu lange regierenden Altparteien. Es ist höchste Zeit für eine Wende!

**DZ:** Young4FUN hat im vergangenen Jahr mit großem Aufwand eine Kampagne gegen das Projekt „Armee XXI“ geführt. Kannst Du uns schildern, was sich dahinter verbirgt und was ihr mit eurer Kampagne erreichen konntet?

**Reimann:** Young4FUN.ch ist es gelungen, über 65.000 Unterschriften gegen das Projekt

„Armee XXI“ zu sammeln. Ab 50.000 beglaubigten Unterschriften muß in der Schweiz eine Volksabstimmung durchgeführt werden. Im Abstimmungskampf haben wir über 400.000 Flugblätter in allen Landessprachen verteilt und eine Kampagne im großen Stil durchgeführt. Damit konnten wir eine breite Diskussion in der Bevölkerung lancieren.

Unsere Hauptkritikpunkte lagen darin, daß diese radikale Armee reform der Jugend große Nachteile bringt und daß sich die neutrale Milizarmee zu einer typischen NATO-Armee wandelt. Im weiteren waren wir der Ansicht, daß die Vorlage zu radikal in allen Bereichen der Armee etwas ändern will, was weder realistisch, noch durchführbar noch finanzierbar ist. Die Abstimmung haben wir leider verloren. Aber inzwischen jagen sich täglich neue Negativmeldungen zur Armee XXI und viele ehemalige Befürworter geben uns jetzt recht. Leider zu spät, denn unserer Armee und der Sicherheit der Schweiz schadet diese Vorlage nachhaltig. Viele Informationen dazu gibt es auf unserer damaligen Kampagnenseite: [www.armeereform.ch](http://www.armeereform.ch)



in Frage gestellt. In der halben Welt wollen sich die Schweizer Militärs an teuren Auslandseinsätzen beteiligen, nur im eigenen Land wird das Militär laufend (aus Spargründen) abgebaut und verkleinert. Die Schweiz wird von fremdem Militär abhängig gemacht. Der Negativpunkt dieser mit dem Schlagwort „Sicherheit durch Kooperation“ betitelten Entwicklung ist die Unterwerfung einer ganzen Armee und damit eines ganzen Landes unter eine fremde Macht.

**DZ:** Die Kampagne wurde von der SVP nicht unterstützt. Mußtest Du Dich parteiintern rechtfertigen? War die SVP gar Befürworter des Projekts „Armee XXI“?

**Reimann:** In der SVP hat die Meinungsfreiheit einen hohen Stellenwert. Da muß man sich nicht rechtfertigen. Die Delegierten der SVP Schweiz haben an einer sehr emotionalen Versammlung in Lausanne mit 165 zu 161 Stimmen unglaublich knapp die Ja-Parole zur Armee XXI gefaßt und sie sind damit SVP-Bundesrat und Verteidigungsminister Samuel Schmid gefolgt. In Lausanne wurde ich nach meinem Votum von verschiedenen SVP-Mitgliedern, die für die Armee arbeiten, mit Worten hart attackiert.

Allerdings hat die Mehrheit der Kantonalen Sektionen der SVP die Nein-Parole gefaßt (auch St.Gallen und die Junge SVP). Die Partei war in dieser Frage gespalten. Gemäß einer repräsentativen Meinungsumfrage nach der Ab-

Flugblatt des schweizerischen Jugendverbandes Young4FUN im Abstimmungskampf zum Projekt „Armee XXI“. FUN steht für Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität.

**DZ:** Was meinst Du mit NATO-Armee? Was hat sich denn konkret durch das Projekt Armee XXI geändert?

**Reimann:** Die Schweiz kann neu auch ohne Mandat der UNO oder der OSZE an internationalen Militäreinsätzen teilnehmen.

Sondereinsatzkräfte sollen weltweit und jederzeit eingesetzt werden können, wo schweizerische „Interessen“ mitspielen. Diese schweizerischen „Interessen“ werden sehr weit ausgelegt. Die Armee XXI läuft in Richtung einer professionalisierten, jederzeit international einsetzbaren und mit der NATO interoperablen Satelliten-Armee. In sämtlichen Bereichen (von der Ausbildung, über die Struktur bis zur Intensivierung der Auslandseinsätze) wird diese Reform die Schweizer Armee an die NATO anpassen. Die Schweiz hat mit der NATO ein Planungs- und Überprüfungsprozess-Abkommen

Abkommen (PARP, siehe <http://www.vbs-ddps.ch/internet/groupgst/de/home/peace/partnerschaft/interoperabilit/parp.html>)

unterzeichnet, in welchem genaue Vorgaben der NATO an die Schweiz festgehalten werden zur Erreichung der vollständigen NATO-Kompatibilität. Die englischen Originalverträge sind bisher nicht veröffentlicht worden – wohl weil die Schweizer Bevölkerung vehement protestieren würde. Die Radikalreformer geben selber zu, daß mit der Armee XXI praktisch alle von der NATO vorgegebenen Wünsche umgesetzt werden.

Die Armee XXI ist auf dem Irrglauben der "Sicherheit durch Kooperation" aufgebaut. Ganz nach dem Motto: Die Armee XXI kann (im Gegensatz zur alten Armee) das Land nicht mehr alleine verteidigen, also sollen ausländische Armeen (EU-Armee/ Nato) aushelfen. Schlußendlich läuft es auf einen NATO-Anschluß hinaus, ohne darüber je abgestimmt zu haben. Unsere über Jahrhunderte bewährte Neutralität und unsere Freiheit von Machtbündnissen werden mit der Armee XXI

stimmung hat das Gros der SVP-Wähler die Armee XXI aber abgelehnt.



Young4Fun-Demonstration gegen einen UNO-Beitritt der Schweiz am 26.01.02 in Bern.

**DZ:** Neben der Verteidigungspolitik beschäftigt sich YOUNG4FUN vor allem mit der Außenpolitik. Der UNO-Beitritt wurde von euch scharf kritisiert. Einen möglichen EU-Beitritt der Schweiz lehnt ihr ebenfalls strikt ab. Begründet ihr dies mit der gegenwärtigen Situation und Realpolitik der EU oder ist eure Ablehnung genereller Natur?

**Reimann:** Zum heutigen Zeitpunkt hätte die Schweiz massive Nachteile mit einem EU-Beitritt zu erleiden. Wir wären ein Nettozahler, der wenig einbringen und mitbestimmen könnte. Ein EU-Beitritt wäre das Ende der direkten Demokratie, Abtretung politischer Macht nach Brüssel, Verzicht auf eine eigenständige Außenpolitik, eine Verdoppelung der Mehrwertsteuer auf mindestens 15%, allgemein höhere Steuern, Reduktion des Wohlstands und ein massiver Verlust an Freiheit. Young4FUN ist weltoffen. Wir sprechen uns für enge Kontakte mit anderen Staaten der ganzen Welt aus. Und sollte sich die EU irgendwann zu einem freiheitlichen Europa der

gleichberechtigten Demokratien entwickeln, wäre ein Beitritt denkbar. Die aktuelle Entwicklung geht aber in die diametral entgegengesetzte Richtung. Mit der GASP, der Verfassung und ständig neuen Gesetzen wird die EU immer zentralistischer und sie entwickelt sich zu einem Staat. Da ist ein Beitritt für den Nettozahler Schweiz völlig undenkbar. Zudem kommen mit der Osterweiterung riesige Probleme auf die EU zu.

Die Arbeit geht uns (leider) nicht aus, da die Regierung gegenüber einem EU-Beitritt weiterhin positiv eingestellt ist. In der Außenpolitik orientiert sich die Schweiz viel zu sehr an der EU und ständig laufen neue Annäherungsversuche. Young4FUN wird gegen den geplanten Beitritt zum Schengener-Abkommen (offene Grenzen) und gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten (Bilaterale I) zweimal das Referendum unterstützen oder notfalls selber ergreifen.

**DZ:** Zum Ende noch unsere traditionelle Abschlußfrage: Seit Jörg Haiders Erfolgen ist in Europa ein neuer Begriff im Umlauf – Freiheitlich. Was versteht Du unter freiheitlicher Politik?

**Reimann:** Freiheitlich heißt weniger Politik wagen und Eigenverantwortung fördern. Sie räumt dem einzelnen Menschen die maximal mögliche Selbstverantwortung und Mitbestimmung (Volksabstimmungen) ein und minimiert die staatlichen Eingriffe auf das Notwendige. Diese Politik setzt Impulse frei und belohnt den

einzelnen Menschen mit mehr Freiheit, weniger unnötigen Gesetzen und staatlichen Interventionen, weniger Steuern oder Abgaben und mehr Volksrechten. Freiheitliche Politik räumt der Selbstbestimmung von Menschen und Nationen einen hohen Stellenwert ein. Ihr Ziel ist die Abwesenheit von Zwang und die Unabhängigkeit von Notwendigkeit oder Zufall.

Ich habe viele Programme europäischer Parteien gelesen und nach dieser Definition ist die Schweizerische Volkspartei (SVP) zweifelsohne die freiheitlichste Partei Europas.

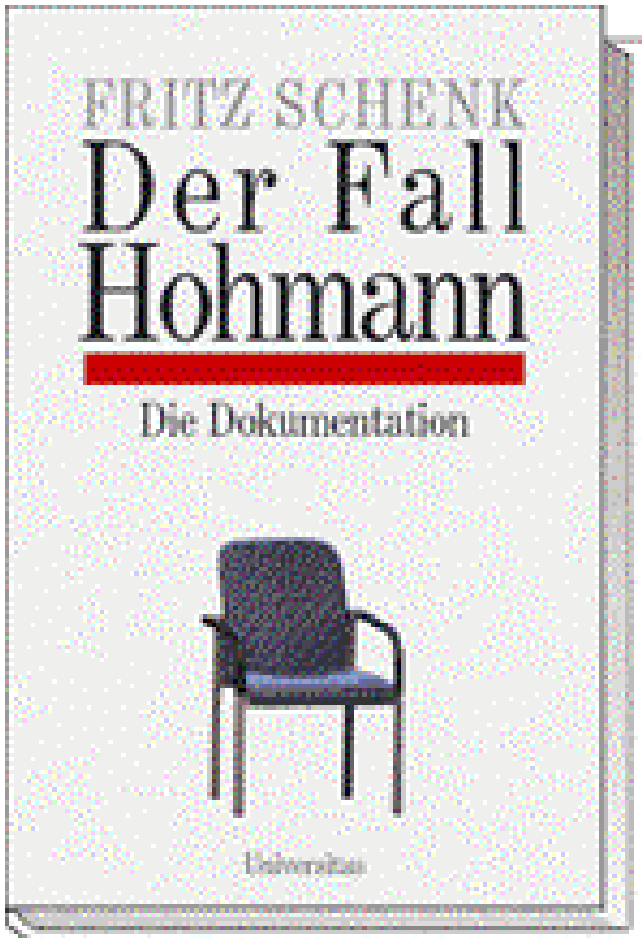
**DZ:** Lukas, vielen Dank für das interessante Interview und weiterhin viel Kraft für Deine zahlreichen Aktivitäten, natürlich insbesondere im Kantonsrat von St. Gallen.



Bild einer der zahlreichen Demonstrationen des Jugendverbandes Young4FUN

### Freiheitliche Lektüre

Autor: Fritz Schenk  
 Titel: „Der Fall Hohmann. Die Dokumentation.“  
 Preis: 14,90 €, 240 Seiten 88403  
 Bestellung: beim Buchdienst der JF (Nr.: 88403) per Mail: [buchdienst@jungefreiheit.de](mailto:buchdienst@jungefreiheit.de)  
 Bild: Buchdienst der JF



Als treibende Kraft jedoch macht Schenk nicht in erster Linie die linken Medien aus, sondern den Springer-Verlag und voran die "Bild"-Zeitung, die in einer wochenlangen Jagd auf den „CDU-Hetzer“ die Union in die Defensive brachte. Das Buch enthält u. a.: Die vollständige Rede Martin Hohmanns vom 3. Oktober 2003. Interviews mit General Günzel und Vera Lengsfeld. Die minutiöse Schilderung der Affäre anhand bislang nicht veröffentlichter Quellen und Pressedokumente. Mit den Unterzeichnern des Appells der Initiative „Kritische Solidarität mit Martin Hohmann“.

### Rezension:

Autor: Buchdienst der JF

Akribisch zeichnet Schenk das katastrophale Management der Unions-Führung nach, die unter dem Druck der medialen Öffentlichkeit in die Knie ging und Hohmann opferte. Das Buch dokumentiert die entlarvenden Stimmen aus Politik und Medien, die den Fall Hohmann einreihen in die Kampagnen gegen Jenninger, Heitmann und Walser. Es dokumentiert neben der "umstrittenen" Rede Hohmanns vom 3. Oktober 2003 auch alle wesentlichen Schriftstücke von Angela Merkel, Edmund Stoiber und von Hohmann selbst.

„Rehabilitieren Sie Martin Hohmann!“  
 – Zeitungsanzeige der Initiative „Kritische Solidarität“



Martin Hohmann  
 Mittels Direktmandat in Fulda seit '98 Mitglied des Bundestages (CDU-Fraktion)

### Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes sind die gesetzlichen Vertreter des vom Berliner Finanzamt als gemeinnützig anerkannten und im Register des Amtsgerichts Charlottenburg eingetragenen Vereins „Freiheitliche Jugend e.V. (FJ)“. Der DenkZettel (DZ) ist die offizielle Vereinspublikation der FJ. Der DZ erscheint monatlich. Redaktionsschluß ist stets der letzte Tag im Monat. Zusendungen hinsichtlich der im DZ publizierten Rubriken sind ausdrücklich erwünscht (an: [denkzettel@freiheitlichejugend.de](mailto:denkzettel@freiheitlichejugend.de)). Der DZ unterliegt hierbei der Satzung und den Zielen der FJ.

### Kontakt:

Freiheitliche Jugend e.V. (FJ)  
 Bundesgeschäftsstelle  
 Postfach 18 01 55  
 D-10205 Berlin  
 Tel.: 030 22 19 91 53  
 Fax: 030 22 19 91 54  
 Funk: 0179/ 120 22 41  
 mail: [info@freiheitlichejugend.de](mailto:info@freiheitlichejugend.de)  
 web: [www.freiheitlichejugend.de](http://www.freiheitlichejugend.de)

